



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

02/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

EuGH: Abschiebungsverbot bei drohenden erheblichen Schmerzen	3
BVerwG: Prüfung des Flüchtlingsschutzes bei subsidiär Schutzberechtigten, die sich dem syrischen Militärdienst entziehen	3
Nigeria: „Unknown Gunmen“? – Zur Sicherheitslage im Südosten des Landes	4
Ukraine: Erkenntnisse zur aktuellen Sicherheitslage in den westukrainischen Verwaltungsgebieten	6
Neue Länderreporte zu Afghanistan und Iran	6

Rechtsprechung

VGH München / Italien: Keine systemischen Mängel für Dublin-Rückkehrer	7
OVG Bautzen / Bulgarien: Keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 3 EMRK / Art. 4 GRCh bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten	8

Blick zum Nachbarn

Albanien – Bericht über einen Verbindungsbeamten des Bundesamtes	8
--	---

Neuerwerbungen der Bibliothek

9

Impressum

10



EuGH: Abschiebungsverbot bei drohenden erheblichen Schmerzen

Mit Urteil vom 22. November 2022 (Rs. C-69/21)¹ entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass ein Drittstaatsangehöriger, der an einer schweren Krankheit leidet, nicht abgeschoben werden darf, wenn seine Rückkehr ihn aufgrund der Nichtverfügbarkeit einer angemessenen Versorgung im Zielland der tatsächlichen Gefahr einer raschen, erheblichen und unumkehrbaren Zunahme der durch seine Krankheit verursachten Schmerzen aussetzen würde.

Geklagt hatte ein russischer Staatsangehöriger, der sich in den Niederlanden in medizinischer Behandlung befindet. Der Kläger leidet an einer seltenen Form von Blutkrebs und die notwendige medizinische Behandlung besteht u. a. in der Verabreichung von medizinischem Cannabis zur Schmerzbekämpfung. In seinem Herkunftsland ist die Behandlung mit medizinischem Cannabis jedoch nicht erlaubt.

Nachdem die Asylanträge des Klägers abgelehnt wurden, legte er gegen die Rückkehrentscheidung einen Rechtsbehelf ein mit der Begründung, er könne ohne die Cannabis-Behandlung nicht menschenwürdig leben.

Auf Vorabentscheidungsersuchen des niederländischen Gerichts entschied der EuGH, dass gegen einen illegal aufhältigen Drittstaatenangehörigen, der an einer schweren Krankheit leidet, keine Rückkehrentscheidung oder aufenthaltsbeendende Maßnahme ergehen darf, wenn aufgrund der Nichtverfügbarkeit einer angemessenen Behandlung die Gefahr besteht, dass die durch seine Krankheit verursachten Schmerzen im Zielland rasch, erheblich und unumkehrbar zunehmen könnten.

Zwar könne die Krebserkrankung in der Russischen Föderation behandelt werden, nicht jedoch die schweren Schmerzen, die mit der Krebserkrankung einhergehen, da eine Behandlung mit medizinischem Cannabis nicht erlaubt ist. Die niederländischen Gerichte hatten bisher nur Verschlechterungen des Gesundheitszustandes als Abschiebehindernis berücksichtigt, die innerhalb von drei Monaten nach Abbruch einer Behandlung auftreten.

Voraussetzung für Abschiebungsverbot

Als Voraussetzung für ein solches Abschiebungsverbot muss jedoch feststehen, dass die einzige wirksame schmerzlindernde Behandlung im Zielland nicht

rechtmäßig in Anspruch genommen werden kann und dass das Ausbleiben einer solchen Behandlung Schmerzen von einer solchen Intensität nach sich ziehen würde, dass es gegen die Menschenwürde verstieße, weil dadurch schwere und unumkehrbare psychische Störungen verursacht würden oder die betroffene Person sogar zum Selbstmord veranlasst werden könnte.

Rechtsdokumentation

BVerwG: Prüfung des Flüchtlingsschutzes bei subsidiär Schutzberechtigten, die sich dem syrischen Militärdienst entziehen

Der erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) hat mit Urteilen² vom 19. Januar 2023 in insgesamt 24 Verfahren die Berufungsurteile des Obergerichtes Berlin-Brandenburg aufgehoben und an die Vorinstanz zurückverwiesen. In den betreffenden Entscheidungen war das Bundesamt verpflichtet worden, den syrischen Klägern im wehrdienstpflichtigen Alter, aufstockend über den bereits vom Bundesamt zuerkannten subsidiären Schutz hinaus, die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen.

Das Obergericht Berlin-Brandenburg war in seinen Urteilen³ der Rechtsauffassung, dass unter Berücksichtigung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)⁴ syrische Männer eine flüchtlingsrelevante Verfolgung nach § 3a Abs. 2 Nr. 5 AsylG zu befürchten haben, da das syrische Regime den Klägern wegen ihrer Militärdienstentziehung eine oppositionelle Haltung zuschreibe und ihnen deshalb Verfolgung und Bestrafung drohe.

Zur Begründung stellte es dann aber fest, dass auch dann, wenn die Bewertung der maßgeblichen Tatsachengrundlagen in Bezug auf die geforderte Konnexität zwischen Verfolgungshandlung und Verfolgungsgrund in gewissem Maße diffus bleibe und für eine

² BVerwG 1 C 1.22 u. a.

³ Vgl. hierzu z. B. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 29.01.2021 - OVG 3 B 68.18 u. a.

⁴ Der EuGH hat mit Urteil vom 19.11.2020 in der Rs. C 238/19 erkannt, dass Art. 9 Abs. 2 Buchst. e in Verbindung mit Art. 9 Abs. 3 der RL 2011/95 dahin auszulegen ist, dass das Bestehen einer Verknüpfung zwischen den in Art. 2 Buchst. d und Art. 10 dieser Richtlinie genannten Gründen und der Strafverfolgung oder Bestrafung im Sinne von Art. 9 Abs. 2 Buchst. e dieser Richtlinie nicht allein deshalb als gegeben angesehen werden kann, weil Strafverfolgung oder Bestrafung an diese Verweigerung anknüpfen. Allerdings spreche eine starke Vermutung dafür, dass die Verweigerung des Militärdienstes unter den in Art. 9 Abs. 2 Buchst. e dieser Richtlinie genannten Voraussetzungen mit einem der fünf in Art. 10 dieser Richtlinie aufgezählten Gründe in Zusammenhang steht. Es ist Sache der zuständigen nationalen Behörden, in Anbetracht sämtlicher in Rede stehender Umstände die Plausibilität dieser Verknüpfung zu prüfen.

¹ Vgl. EuGH, Urteil vom 22.11.2022, C-69/21, in MIlO:

https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/684671/685623/685843/685727/23743980/-/EuGH%2C_vom_22.11.2022%2C_C-69_21%2C_Urteil.pdf?no-deid=24001451&vernum=-2

vollständige gerichtliche Überzeugungsbildung eher nicht genügen dürfe, dennoch eine ausreichende Vermutung dafür spreche, dass die Bestrafung der Kläger (auch) aus politischen Gründen erfolge, weil sie als vermeintliche politische Gegner des Regimes diszipliniert werden sollten.

Es sei nicht mehr Sache des Klägers, den Beweis für die Verknüpfung zwischen den in Art. 2 Buchst. d, Art. 10 RL 2011/95/EU genannten Gründen und der Strafverfolgung bzw. Bestrafung, mit der er wegen der Militärdienstverweigerung unter den in Art. 9 Abs. 2 Buchst. e der Richtlinie genannten Voraussetzungen zu rechnen hat, zu erbringen. Dies sehe der EuGH vielmehr als Sache der zuständigen Behörde an, die die Plausibilität der Verknüpfung in Anbetracht sämtlicher in Rede stehender Umstände prüfe.

Das Berufungsgericht ging somit im Ergebnis davon aus, dass die vom EuGH aufgestellte „starke Vermutung“ bei unklarer Tatsachengrundlage zugunsten des Klägers auszulegen sei und eine Beweislastumkehr stattfinde.

Mit seinen Urteilen⁵ hat das Bundesverwaltungsgericht nunmehr klargestellt, dass mit der vom EuGH aufgestellten „starken Vermutung“ keine Absenkung des Regelbeweismaßes der vollen richterlichen Überzeugungsgewissheit nach § 108 Abs. 1 VwGO einhergeht. Es genügt nicht, wenn die Voraussetzungen des Flüchtlingsschutzes auf einer diffusen Tatsachengrundlage und unter Unterschreitung des Regelbeweismaßes der vollen richterlichen Überzeugungsgewissheit bejaht werden.

Die vom EuGH aufgestellte „starke Vermutung“ ist somit nicht als Beweislastumkehr zugunsten der Kläger zu werten. Mit seinen Urteilen ist das Bundesverwaltungsgericht der Argumentationslinie und Rechtsauffassung des Bundesamtes gefolgt.

Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung

Nigeria: „Unknown Gunmen“? – Zur Sicherheitslage im Südosten des Landes

Nigeria, der mit Abstand bevölkerungsreichste Staat Afrikas, sieht sich im Vorfeld der für den 25. Februar 2023 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mit mehreren gleichzeitigen Sicherheitskrisen⁶ konfrontiert. Zu den aktuell augenfälligsten Sicherheits herausforderungen des Vielvölkerstaats zählen islamistische Attacken im Nordosten, Überfälle auf Ortschaften und Reisende sowie Entführungskriminalität in mehreren Landesteilen. Hinzu kommen Konflikte auf kommunaler Ebene – vor allem Auseinandersetzungen zwischen Sesshaften und Nichtsesshaften.⁷

Breiten Raum erhalten in der medialen Berichterstattung aus und über Nigeria Gewalttaten, die von als Unknown Gunmen bezeichneten Akteuren verübt werden. Dies gilt auch für Gewaltereignisse in der geopolitischen Zone⁸ Süd-Süd, vor allem aber in der geopolitischen Zone Südost und dort auffallend häufig in den Bundesstaaten Imo⁹ und Anambra¹⁰.

Medien berichten seit dem ersten Quartal 2021 von sich in diesen Gegenden häufenden schweren Gewalttaten wie Tötungsdelikten, Entführungsfällen und Attacken gegen Sicherheitskräfte sowie staatliche Einrichtungen (z. B. Gefängnisse, Polizeistationen, Straßenverkehrs-Checkpoints und Büros der

6 The Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED): Nigeria Mid-Year Update – 10 Conflicts to Worry About in 2022, 15.08.2022, <https://acleddata.com/10-conflicts-to-worry-about-in-2022/nigeria/mid-year-update/>; Aderemi Suleiman Ajala/Nina Müller: Facetten der Unsicherheit in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 71 (2021), 32–33, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/nigeria-2021/337809/facetten-der-unsicherheit>; Africa Center for Strategic Studies (ACSS): Nigeria's Diverse Security Threats, 30.03.2021, <https://africacenter.org/spotlight/nigeria-diverse-security-threats>.

7 Famine Early Warning System Network (FEWS NET): Nigeria Key Message Update: Persisting conflict and heightened tension ahead of the election drive high food assistance needs, January 2023, 31.01.2023, <https://fews.net/west-africa/nigeria/key-message-update/january-2023>, <https://reliefweb.int/report/nigeria/nigeria-key-message-update-persisting-conflict-and-heightened-tension-ahead-election-drive-high-food-assistance-needs-january-2023>, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Briefing Notes, 07.11.2022 u. 06.12.2022.

8 Legit.ng: Geopolitical zones in Nigeria and their states – All the details, 23.08.2022, <https://www.legit.ng/ask-legit/guides/1094595-geopolitical-zones-nigeria-states>.

9 z.B. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Briefing Notes, 27.06.2022, 12.12.2022 u. 23.01.2023.

10 z. B. The Guardian: Unknown gunmen comb Anambra communities for weapons, others, 07.03.2022, <https://guardian.ng/news/unknown-gunmen-comb-anambra-communities-for-weapons-others>; Eons Intelligence: Unknown Gunmen Saga; Anambra Government to fight back, 19.06.2022, <https://eonsintelligence.com/details/special-report-90785645/unknown-gunmen-saga-anambra-government-to-fight-back-192430395>; Sahara Reporters: Six Dead As Gunmen Attack Nigerian Army Checkpoint In Anambra – Governor Soludo's Hometown, 12.11.2022, <https://saharareporters.com/2022/11/12/six-dead-gunmen-attack-nigerian-army-checkpoint-anambra-governor-soludos-hometown>; PUNCH: Singer Slami Ifeanyi shot dead in Anambra, 29.11.2022, <https://punchng.com/singer-slami-ifeanyi-shot-dead-in-anambra>.

5 Siehe Pressemitteilung in [deutscher](#) und [englischer](#) Sprache. Die schriftlichen Urteilsgründe liegen noch nicht vor.

Unabhängigen Nationalen Wahlkommission INEC).¹¹

Erkenntnissen des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) zufolge waren allein Büros und Mitarbeitende von INEC zwischen 2019 und 2022 von mindestens 134 Vorfälle betroffen.¹² Aber wer sind die Unknown Gunmen? Welche Ziele verfolgen sie und aus welcher Motivation heraus? Handelt es sich um eine neue homogene Gruppe von Gewaltakteuren?

„Unknown Gunmen“ bedeutet ins Deutsche übersetzt „unbekannte (mit Schusswaffen) bewaffnete Männer“. In dieser wortwörtlichen Bedeutung wurde¹³ und wird der englische Begriff in der Berichterstattung über Geschehnisse in ganz¹⁴ Nigeria auch nach wie vor gebraucht. Online-Suchmaschinenrecherchen ergeben eine große Anzahl entsprechender Beiträge. Insoweit handelt es sich bei Unknown Gunmen – ähnlich dem englischen Ausdruck „Hoodlums“ (im Deutschen in etwa „Gangster“) – um einen populären Sammelbegriff zur Bezeichnung von ganz unterschiedlichen Gewaltakteuren, denen gemeinsam ist, dass ihre Identität nicht eindeutig feststeht und dass sich zu deren Taten keine Organisation offiziell bekennt.

Allerdings ergibt die Auswertung von online frei verfügbaren Berichten, dass die Verfasserinnen und Verfasser von Artikeln, in denen von unidentifizierten Bewaffneten verübte Gewalttaten geschildert werden, mitunter eine Vorstellung davon haben und gegenüber ihrer Leserschaft auch andeuten, welche Personen(gruppen) im individuellen Fall als Akteure ganz besonders in Betracht kommen. Dies geschieht abhängig von Ort, Einzelheiten der Tatausführung und anderen Faktoren: beispielsweise, indem die entsprechende Einschätzung einer – bei der Tat anwesenden oder die Tat kommentierenden – Person in Meldungen aufgenommen wird.¹⁵ Auch existieren Beiträge jüngerer Zeit, in denen die medial als Unknown Gunmen bezeichneten Akteure von Gewalttaten einer bestimmten Personengruppe klar zugeordnet werden.

Beispielsweise mutmaßt der Autor eines aktuellen Online-Beitrags zu Gewalttaten in der Ortschaft Makurdi im Bundesstaat Benue, dass diese nicht wie von Medien dargestellt von Unknown Gunmen, sondern tatsächlich von der Ethnie Fulani zugehörigen Personen begangen werden.¹⁶

Speziell bei den zuletzt verhältnismäßig häufigen¹⁷ Gewalttaten unbekannter Täter im Südosten gegen Sicherheitskräfte und Einrichtungen des Staates lasten nigerianische Behörden¹⁸ sowie das Militär¹⁹ die Verantwortung in der Regel der Unabhängigkeitsbewegung Indigenous People of Biafra (IPOB) bzw. Mitgliedern ihres bewaffneten, zum Teil als paramilitärisch²⁰ bezeichneten, Flügels Eastern Security Network (ESN) an. Aus Sicht des nigerianischen Staates handelt es sich bei der Unabhängigkeitsbewegung IPOB um eine Terrororganisation.²¹ IPOB und ESN bestreiten jede Verantwortung für Gewalttaten von Unknown Gunmen.²²

Medienberichten jüngerer Zeit zufolge wehren nigerianische Sicherheitskräfte regelmäßig Attacken unbekannter Angreifer ab bzw. gehen mit Gewalt gegen (mutmaßliche) IPOB-/ESN-Mitglieder vor.²³ Unter den dabei getöteten Menschen sind auch Zivilpersonen, denen keine Verantwortung für Gewalttaten von

11 z. B. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Briefing Notes, 12.04.2021, 06.12.2021, 24.01.2022, 15.08.2022, 21.11.2022, 23.01.2023, 30.01.2023 u. 06.02.2023; Sahara Reporters: Over 300 Ballot Boxes Destroyed As Unknown Gunmen Burn Another Office Of Electoral Body, INEC In Ebonyi, 27.11.2022, <https://saharareporters.com/2022/11/27/over-300-ballot-boxes-destroyed-unknown-gunmen-burn-another-office-electoral-body-inec>.

12 ACLED: Nigeria Election Violence Tracker Situation Summary – 13 December 2022 – 15 January 2023, 19.01.2023, <https://acleddata.com/2023/01/19/nigeria-election-violence-tracker-situation-summary-13-december-2022-15-january-2023>.

13 z. B. Vanguard: Kidnapped Catholic priest regains freedom, 11.11.2011, <https://www.vanguardngr.com/2011/11/kidnapped-catholic-priest-regains-freedom-2>.

14 z. B. Vanguard: Gunmen slaughter PDP Ward Chairman in Sokoto, 01.01.2023, <https://www.vanguardngr.com/2023/01/gunmen-slaughter-pdp-ward-chairman-in-sokoto>; Premium Times Nigeria: Gunmen kill Labour Party's women leader in Kaduna, 29.11.2022, <https://www.premiumtimesng.com/regional/nwest/568150-just-in-gunmen-kill-labour-partys-women-leader-in-kaduna.html>.

15 z. B. Premium Times Nigeria: Suspected IPOB members invade South-eastern community, kill monarch, three others, 14.11.2022, <https://www.premiumtimesng.com/regional/ssouth-east/565468-suspected-ipob-members-invade-south-eastern-community-kill-monarch-three-others.html>.

16 ACI Africa: Armed Fulanis in Nigeria Hiding Behind "unknown gunmen" Label to Go Unpunished: Priest, 27.01.2023, <https://www.aciafrica.org/news/7533/armed-fulanis-in-nigeria-hiding-behind-unknown-gunmen-label-to-go-unpunished-priest>.

17 z. B. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Briefing Notes, 21.02.2022, 28.03.2022, 27.06.2022, 10.10.2022 und 21.11.2022.

18 z. B. BBC NEWS: Nigeria's President Buhari vows to punish killers of local chief in Imo state, 22.11.2022, <https://www.bbc.com/news/world-africa-63633877>; The Conversation: Election violence in Nigeria's south east is threatening to derail voting in the region, 05.02.2023, <https://theconversation.com/election-violence-in-nigerias-south-east-is-threatening-to-derail-voting-in-the-region-198610>.

19 z. B. Daily Post: Anxiety mounts over growing notoriety of unknown gunmen, 18.05.2021, <https://dailypost.ng/2021/05/18/anxiety-mounts-over-growing-notoriety-of-unknown-gunmen>.

20 z. B. The Cable: Troops kill 'scores of ESN members' in Ebonyi, 'informant' arrested in Enugu, 22.12.2022, <https://www.thecable.ng/troops-kill-scores-of-esn-members-in-ebonyi-informant-arrested-in-enugu/amp>.

21 Immigration and Refugee Board of Canada (IRB): Nigeria and Canada – The Indigenous People of Biafra (IPOB), including objectives, structure, activities, and relations with other Biafran independence groups; treatment by the organizations abroad, particularly in Canada (2020–May 2022), 02.06.2022, <https://irb-cisr.gc.ca/en/country-information/rii/Pages/index.aspx?doc=458622&p1=1>.

22 z. B. The Defense Post: Gunmen Kill Five Soldiers, Civilian in Southeast Nigeria, 29.09.2022, <https://www.thedefensepost.com/2022/09/29/gunmen-kill-soldiers-civilian-nigeria>; Vanguard: Attacks on INEC facilities in S-East bid to whittle down Igbo votes, 07.12.2022, <https://www.vanguardngr.com/2022/12/attacks-on-inec-facilities-in-s-east-bid-to-whittle-down-igbo-votes-ezeife-okwesilieze-nwodo-victor-umeh-others>.

23 z. B. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Briefing Notes, 30.05.2022, 01.08.2022 u. 23.01.2023; Premium Times Nigeria: Six suspected IPOB members killed in Imo, 17.05.2022, <https://www.premiumtimesng.com/news/top-news/530454-six-suspected-ipob-members-killed-in-imo.html>; The Cable: Troops kill 'scores of ESN members' in Ebonyi, 'informant' arrested in Enugu, 22.12.2022, <https://www.thecable.ng/troops-kill-scores-of-esn-members-in-ebonyi-informant-arrested-in-enugu/amp>; Premium Times Nigeria: Police kill three suspected IPOB members in shoot-out, 20.01.2023, <https://www.premiumtimesng.com/news/more-news/576834-police-kill-three-suspected-ipob-members-in-shoot-out.html>.

Unknown Gunmen angelastet wird.²⁴ Dass die Chiffre Unknown Gunmen auch und insbesondere im Südosten Nigerias nicht nur in wortwörtlicher Bedeutung Verwendung findet, wird besonders deutlich, wenn sich gewaltbereite Akteure in einem Drohbrief sogar selbst als Unknown Gunmen bezeichnen – so geschehen im Mai 2022 im Bundesstaat Anambra.²⁵ Die Mutmaßung, dass hinter den Unknown Gunmen im Südosten vornehmlich Mitglieder und Sympathisanten von Separatisten stecken, erfolgt nicht unisono. So vertritt Charles Soludo, seit 2022 Gouverneur des Bundesstaates Anambra, die Auffassung, dass es sich bei den in der Region aktiven Unknown Gunmen eher um (gewöhnliche) Kriminelle aus dem Südosten als um separatistisch motivierte Akteure handelt.²⁶ Nach einer weiteren Ansicht, die dazu nicht zwingend in Widerspruch steht, stecken Politiker hinter manchen Gewaltereignissen.²⁷ Anfang 2023 wurde die Auffassung einer IPOB-Sprecherin öffentlich, dass in Wahrheit nigerianische Sicherheitskräfte aus niederen Beweggründen als Unknown Gunmen gegen die Ethnie Igbo vorgehen würden.²⁸

Obgleich weiter Zweifel an jeder undifferenziert pauschalen Zuschreibung bestehen, erscheint die Auffassung staatlicher Stellen, dass Gewalttaten von Unknown Gunmen im Südosten der Unabhängigkeitsbewegung zuzurechnen seien, zumindest dann grundsätzlich plausibel, wenn Sicherheitskräfte in Regionen attackiert werden, die nach separatistischem Verständnis Teil eines von Nigeria unabhängigen Staates sein sollten. Ob hinter einer Unknown Gunmen angelasteten konkreten Gewalttat tatsächlich separatistische Kräfte und Motive stehen, bleibt jedoch auch in Südostnigeria eine Frage des Einzelfalls.²⁹

Länderanalysen / Länderdokumentation

24 z. B. The Nigerian voice: Nigerian Military Killed Eight Defenseless Citizens At Umouna And Isuofia After Isuofia Unknown Gunmen Attack And Falesly Lebeled Them „Gunned Down Unknown Gunmen“, 15.11.2022, <https://www.thenigerianvoice.com/news/313980/nigerian-military-killed-eight-defenseless-citizens-at-umuon.html>; Immigration and Refugee Board of Canada (IRB): Nigeria and Canada – The Indigenous People of Biafra (IPOB), including objectives, structure, activities, and relations with other Biafran independence groups; treatment by the organizations abroad, particularly in Canada (2020–May 2022), 02.06.2022, <https://irb-cisr.gc.ca/en/country-information/irf/Pages/index.aspx?doc=458622&pls=1>.

25 The Guardian: Tears, fear as 'unknown gunmen' defy Soludo's solution, unleash terror on Anambra, 21.05.2022, <https://guardian.ng/politics/tears-fear-as-unknown-gunmen-defy-soludos-solution-unleash-terror-on-anambra>.

26 Daily Trust: Soludo – Unknown Gunmen Are Igbo, No Criminal From Other Region Invading Anambra, 18.09.2022, <https://dailytrust.com/unknown-gunmen-are-igbo-nobody-invading-anambra-soludo>.

27 z. B. Daily Post: Anxiety mounts over growing notoriety of unknown gunmen, 18.05.2021, <https://dailypost.ng/2021/05/18/anxiety-mounts-over-growing-notoriety-of-unknown-gunmen>.

28 Vanguard: Nigerian security operatives are 'the unknown gunmen' in S'East, says IPOB, 05.01.2023, <https://www.vanguardngr.com/2023/01/nigerian-security-operatives-are-the-unknown-gunmen-in-seast-says-ipob>; Daily Post: IPOB tags Nigerian soldiers bandits, says security operatives are unknown gunmen, 06.01.2023, <https://dailypost.ng/2023/01/06/ipob-tags-nigerian-soldiers-bandits-says-security-operatives-are-unknown-gunmen>.

29 Hinweis: Alle in den Fußnoten angegebenen URLs wurden zuletzt abgerufen am 09.02.2023. Zugriff auf die Briefing Notes des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge: <https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/open/Suche-BriefingNotes> bzw. <https://www.bamf.de/DE/Behoerde/Informationszentrum/informationszentrum-node.html> → Briefing Notes

Ukraine: Erkenntnisse zur aktuellen Sicherheitslage in den westukrainischen Verwaltungsgebieten

Die Länderanalyse des Bundesamts hat in einer aktuellen Kurzinformation Erkenntnisse zur Sicherheitslage in den westukrainischen Verwaltungsgebieten („Oblasten“) zusammengetragen. Die Kurzinformation kann auf MILO unter diesem [Link](#) eingesehen werden.

Länderanalysen

Neue Länderreporte zu Afghanistan und Iran

Der 55. Länderreport aus den Länderanalysen informiert über die Finanzkrise, Geldsendungen und Lebenshaltungskosten in Afghanistan. Die Machtübernahme der Taliban im August 2021 hat in Afghanistan eine schwere Finanzkrise ausgelöst. Afghanistan ist, trotz allmählicher Lockerungen von Sanktionen, de facto vom internationalen Bankensystem ausgeschlossen. Banken sind kaum noch funktionsfähig, da sie nicht über ausreichend Bargeld verfügen. Der Afghani (AFN), die afghanische Landeswährung, hat nicht nur massiv an Wert verloren, sondern seine Scheine zerfallen aufgrund fehlenden Nachschubs an neuen Scheinen buchstäblich. Geldsendungen sind nur sehr eingeschränkt möglich. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten deutlich gestiegen.

Der 56. Länderreport thematisiert die rechtliche Situation der Frauen in Iran. Das Land steht vor einer großen Herausforderung – infolge der schlechten wirtschaftlichen Situation, der Abwendung von den westlichen Staaten, der verstärkten Zuwendung zu Russland und China und des unklaren Ausgangs der Atomverhandlungen mit anhaltenden Sanktionen wurde der Machtkampf zwischen Konservativen und sogenannten Reformern bei den Präsidentenwahlen Mitte 2021 zugunsten der islamischen Konservativen entschieden. Durch den Ausgang dieser 13. Präsidentschaftswahl, bei dem der konservative Ebrahim Raisi zum neuen Präsidenten gewählt wurde, kommt es verstärkt zu Einschränkungen insbesondere bei Frauenrechten. Die Einführung und die Vollziehung von verschärften traditionellen, islamischen Regelungen, bei denen die Einhaltung der Bekleidungsvorschriften (Hijab-Pflicht) im Vordergrund steht, werden von weiten Teilen der Bevölkerung nicht mitgetragen. Die Regierung verfolgt hiermit den Zweck, die islamischen Wertvorstellungen innerhalb der Bevölkerung vermehrt durchzusetzen und reformorientierte Auffassungen nicht zuzulassen. Hiergegen jedoch wenden

sich große Teile der Bevölkerung, die in dem Verhalten der Regierung nicht nur eine fehlende Perspektive für Reformen, sondern vielmehr eine Rückentwicklung zu islamischen Grundsätzen sieht. Neben Frauen protestieren auch Männer und Jugendliche gemeinsam gegen die Umsetzung der Hijab-Pflicht und begehren eine Änderung der aktuellen politischen Lage im Land. Inwieweit die Regierung versuchen wird, diesen Forderungen entgegenzukommen und sie hiermit die Lage entschärfen kann, bleibt abzuwarten. Denn ein Wandel durch Annäherung blieb in der Vergangenheit ohne Erfolg und das Vertrauen in eine solche Vorgehensweise hat bereits stark gelitten. Dabei werden die Einschränkungen der Frauenrechte in Iran beschrieben, welche als Auslöser der aktuellen Proteste gelten.

Die Länderreporte können wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Länderanalysen

VGH München / Italien: Keine systemischen Mängel für Dublin-Rückkehrer

Der 24. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) hat auf die Berufung des Bundesamtes das Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg abgeändert und die Klage eines über Italien eingereisten Antragstellers abgewiesen.³⁰ Der Kläger war nach seinem Aufgriff in Italien in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und stellte einen Asylantrag. Der Asylantrag wurde gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a AsylG als unzulässig abgelehnt.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte, dass der Kläger keinen Anspruch auf die Durchführung eines Asylverfahrens in der Bundesrepublik Deutschland habe, weil Italien aufgrund der illegalen Einreise gemäß Art. 13 Abs. 1 S. 1 Dublin-III-Verordnung für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sei.

Ein Übergang der Zuständigkeit sei insbesondere nicht nach Art. 3 Abs. 2 Unterabs. 2 und 3 Dublin-III-Verordnung eingetreten. Systemische Schwachstellen des Asylverfahrens und der Aufnahmebedingungen in Italien lägen bezogen auf den Kläger als jungem, alleinstehendem und arbeitsfähigem Mann, der in Italien vor seiner Weiterreise nach Deutschland noch keinen Asylantrag gestellt habe, nicht vor. Dem

Kläger drohe für den Fall seiner Überstellung nach Italien weder während des Asylverfahrens noch auf absehbare Zeit nach einer etwaigen Zuerkennung von internationalem Schutz eine ernsthafte Gefahr einer erniedrigenden Behandlung im Sinne des Art. 4 der Grundrechtecharta oder Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Asylbewerber hätten in Italien Zugang zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren mit gerichtlichen Beschwerdemöglichkeiten. Asylsuchende, die noch keinen Asylantrag gestellt hätten, könnten dies nach der Überstellung bei der Grenzpolizei oder auch bei der zuständigen Quästur tun.³¹ Es drohe insbesondere keine Obdachlosigkeit. Dublin-Rückkehrer würden wie alle Asylsuchenden behandelt und hätten Anspruch auf Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung.³² Es bestehe auch keine Gefahr, dass der Zugang zu einer Aufnahmeeinrichtung verwehrt werde. Eine Entziehung des Rechts auf Unterbringung könne nach italienischem Recht zwar erfolgen, wenn der Asylantragstellende sich nicht in der zugewiesenen Unterkunft vorstelle oder die Einrichtung ohne Benachrichtigung der zuständigen Präfektur verlasse, nicht zur Anhörung erscheine oder gegen die Hausordnung verstoße. Der Kläger erfülle die Voraussetzungen für eine Entziehung nicht, denn er habe sich mangels Asylantragstellung noch nicht im formellen Asylverfahren, in welchem ihm bereits eine Unterkunft zugeteilt worden wäre, befunden. Die Kapazitäten des Aufnahmesystems seien derzeit nicht ausgelastet. Asylantragstellende würden für die gesamte Dauer des Asylverfahrens über die Erstaufnahmeeinrichtungen in ihren Grundbedürfnissen versorgt.³³

Für den Kläger als jungen, gesunden, alleinstehenden Erwachsenen bestehe auch im Anschluss an eine Zuerkennung internationalen Schutzes grundsätzlich kein Risiko, einer erniedrigenden Behandlung ausgesetzt zu sein. International Schutzberechtigte hätten für sechs Monate Zugang zu Zweitaufnahmeeinrichtungen. Zudem gebe es Unterbringungsmöglichkeiten bei NGOs und kirchlichen Organisationen.³⁴ Nach den sechs Monaten werde von den Personen mit Schutzstatus erwartet, dass sie für sich selbst sorgen können. Dabei seien Schutzberechtigte italienischen Staatsbürgern gleichgestellt. Jungen, gesunden, arbeitsfähigen und alleinstehenden Männern sei es zuzumuten, durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, auch im Niedriglohnssektor, ihr Existenzminimum zu sichern.

30 Schweizerische Flüchtlingshilfe, Aufnahmebedingungen Italien, Januar 2020, Seite 29; Asylum Information Database, Country Report Italy, 2021, Seite 47.

32 Schweizerische Flüchtlingshilfe, Aufnahmebedingungen Italien, Januar 2020, Seite 47.

33 Gemeinsamer Bericht des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Aufnahmesituation von Asylantragstellenden sowie anerkannt Schutzberechtigten in Italien, Stand: September 2022.

34 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Länderinformationen Italien, 01.07.2022, Seite 20.

30 Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 15.12.2022, Aktenzeichen: 24 B 22.50020.; in MILO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684459/684477/684570/23524730/-/VGH_M%C3%BCnchen%2C_vom_15.12.2022%2C_24_B_22.50020%2C_Urteil.pdf?nodeid=24040815&vernum=-2

Auswirkungen auf die Entscheidungspraxis des Bundesamtes

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat die Rechtsauffassung des Bundesamtes bestätigt.

Prozessführung / Berufungsverfahren

OVG Bautzen / Bulgarien: Keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 3 EMRK / Art. 4 GRCh bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten

Mit Urteilen vom 07. September 2022 (5 A 1178/19.A; 5 A 153/17.A)³⁵ hat der 5. Senat des Sächsischen Obergerichtshofs (OVG) eine drohende Verletzung von Art. 3 EMRK / Art. 4 GRCh bei Rückkehr nicht vulnerabler anerkannter Schutzberechtigter nach Bulgarien verneint. Das Gericht bestätigt damit die Rechtsauffassung des Bundesamtes.

Den alleinstehenden männlichen Klägern wurde in Bulgarien internationaler Schutz zuerkannt. Ihre Asylanträge wurden daher vom Bundesamt gemäß § 29 Abs. 1 Satz 2 AsylG als unzulässig abgelehnt. Das Gericht führt aus, ein vom Willen eines arbeitsfähigen und gesunden Schutzberechtigten unabhängiger „Automatismus der Verelendung“ sei bei einer Rückkehr nach Bulgarien nicht festzustellen. Auch durch die Corona-Pandemie hätten sich die Verhältnisse in Bulgarien nicht derart verschlechtert, dass den Klägern als arbeitsfähigen, gesunden Männern mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Verelendung drohe.

Das Gericht geht in diesem Zusammenhang weder von einer Verschlechterung der Wohnraumsituation, noch von einer derartigen Verschlechterung des Arbeitsmarktes aus, die es international schutzberechtigten Personen unmöglich mache, in zumutbarer Zeit Arbeit zur Lebensunterhaltssicherung zu finden. Zudem könnten die Kläger auf umfangreiche Unterstützung durch Nichtregierungsorganisationen zurückgreifen.

³⁵ OVG Bautzen, Urteile vom 07.09.2022, 5 A 1178/19.A und 5 A 153/17.A; in MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684459/684477/684570/23524730/-/OVG_Bautzen%2C_vom_07.09.2022%2C_5_A_1178_19.A%2C_Urteil.pdf?nodeid=24050820&vernum=-2; und https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684459/684477/684570/23524730/-/OVG_Bautzen%2C_vom_07.09.2022%2C_5_A_153_17%2C_Urteil.pdf?nodeid=24051629&vernum=-2.

Das Gericht hält nach aktueller Erkenntnislage im Ergebnis an seiner Grundsatzentscheidung vom 15. Juni 2020 (5 A 382/18.A) fest und befindet sich damit weiterhin im Einklang mit obergerichtlicher Rechtsprechung.³⁶

Prozessführung / Berufungsverfahren

Blick zum Nachbarn: Albanien – Bericht über einen Verbindungsbeamten des Bundesamtes

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entsendet regelmäßig Verbindungsbeamte und Verbindungsbeamtinnen zu ausländischen Partnerbehörden innerhalb der EU sowie außerhalb der EU an ausgewählte deutsche Auslandsvertretungen.

In Albanien setzt das Bundesamt bereits seit 2016 Verbindungspersonal ein. Am 1. April 2022 trat ein neuer Verbindungsbeamter seinen Dienst in Tirana an. Seine Aufgabenschwerpunkte liegen zum einen in der Unterstützung des Bundesamtes in den Bereichen Rückkehr, Asylverfahren, Migrationsforschung, Integration und Sicherheit und zum anderen in der Unterstützung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, des Auswärtigen Amtes sowie weiterer Behörden. Hierbei kann es sich beispielsweise um die Beantwortung von Anfragen von Verwaltungsgerichten, des Bundesamtes, des Auswärtigen Amtes und von Ausländerbehörden handeln.

Ein wichtiges Aufgabenfeld in Albanien ist der Bereich Rückkehr, der unter anderem die Organisation und Durchführung von medizinischen Inempfangnahmen sowie die Rücknahme von unbegleiteten Minderjährigen umfasst. Darüber hinaus beobachtet der Verbindungsbeamte das Migrationsgeschehen in Albanien, verfasst entsprechende Berichte und ist Ansprechpartner sowie Verbindung zu staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Er fungiert sozusagen als Schnittstelle zwischen deutschen sowie albanischen Akteuren.

Der neu eingesetzte Verbindungsbeamte bringt vielfältige Erfahrungen aus dem Tätigkeitspektrum des Bundesamtes mit. Als Entscheider, Sonderbeauftragter und Sachbearbeiter hat er bereits mehrere Stationen durchlaufen und hatte ebenfalls die Gelegenheit, im Rahmen von drei Einsätzen der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), international zu

³⁶ Vgl. VG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 20.10.2020; 7 A 10889/18; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 22.09.2020, OVG 3 B 33.19; Hessischer VGH, Urt. v. 26.10.2021, 8 A 1852/20.A; Niedersächsisches OVG, Urt. v. 07.12.2021, 10 LB 257/20; OVG NRW, Beschl. v. 15.02.2022, 11 A 1625/21.A und VGH Baden-Württemberg, Urt. v. 24.02.2022, 4 A S 162/22.

arbeiten. Das Betreuungsreferat 91D steht zudem aus der Ferne mit Rat und Tat zu Seite. In seiner Position als Verbindungsbeamter „verbindet“ er vor Ort die vielfältigen Erfahrungen seiner bisherigen Tätigkeiten mit den neuen Herausforderungen und trägt in einem sehr weit gesteckten Aufgabenportfolio hohe Verantwortung.

Der Verbindungsbeamte des Bundesamtes in Albanien zieht zu seinem bisherigen Einsatz vor Ort eine positive Bilanz: „Zum Dienstantritt wurde ich von den Kolleginnen und Kollegen an der Deutschen Botschaft Tirana herzlich empfangen. Gerade auch durch die Übergabe vor Ort durch meinen Vorgänger konnte ich die gute und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen und staatlichen Akteuren auf albanischer Seite mit meinem Dienstantritt nahtlos weiterführen. Generell sind die Menschen in Albanien sehr offen, gastfreundlich und haben ein sehr gutes Bild von Deutschland, was sich ebenfalls im beruflichen Alltag positiv bemerkbar macht.“

*Verbindungsbeamtenwesen,
bilaterale Zusammenarbeit*

Neuerwerbungen der Bibliothek

AufenthV: Aufenthaltsverordnung. - München: C.H.Beck, 2022. - 1 Online-Ressource (XIX, 530 Seiten). - ISBN 978-3-406-77016-6

Baumann, Felix; Göksu, Tarkan: Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. - Zürich: Dike, [2022]. - XXII, 150 Seiten. - ISBN 978-3-03891-455-6

Dietz, Andreas: Das Chancen-Aufenthaltsrecht: § 104c AufenthG im System des Ausländerrechts. - 1 Online-Ressource. - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 42 (2023), Heft 1-2, Seite 15-21

Feneberg, Valentin; Pettersson, Paul: Schutz vor extremer Armut - Asylrechtsfortbildung durch Verwaltungsgerichte. - 1 Online-Ressource (9 Seiten). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 41 (2022), Heft 20, Seite 1519-1527

Hinterberger, Kevin Fredy: Regularisations of irregularly staying migrants in the EU: a comparative legal analysis of Austria, Germany and Spain. - 1st edition 2023. - Baden-Baden: Nomos ; Baden-Baden: Hart Publishing, 2023. - 1 Online-Ressource (398 Seiten). - ISBN 978-3-7489-1279-8

Janda, Constanze: Geflüchtete aus der Ukraine im System des Migrations(sozial)rechts - Legitime Differenzierung oder unzulässige Ungleichbehandlung? - 1 Online-Ressource. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 1, Seite 8-16

Klaus, Sebastian: Strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Fahrerlaubnis- und des Aufenthaltsrechts. - 1 Online-Ressource. - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2022), Heft 9, Seite 313-318

Kluth, Winfried: "Sein und Zeit" im Spiegel des Migrationsrechts. - 1 Online-Ressource. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 1, Seite 16-21

Minas : Atlas über Migration, Integration und Asyl / Herausgeber: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. - Stand: 12. Ausgabe, Dezember 2022. - Nürnberg: Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022. - 1 Online-Ressource (85 Seiten)

Münch, Berthold: TQ und BZ reloaded? zum Vorlagebeschluss des Bundesverwaltungsgerichts v. 08.06.2022 - 1 C 24.21. - 1 Online-Ressource. - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2022), Heft 11-12, Seite 393-395

Schlegel, Stefan: Selective enclosure: An institutional approach to the history of immigration law = Selektive Einhegung: Eine institutionelle Perspektive auf die Geschichte des Migrationsrechts. - 1 Online-Ressource (32 Seiten). - In: Zeitschrift für Migrationsforschung. - 2 (2022), Heft 2, Seite 61-92

Welte, Hans-Peter: Zur Frage nach der richtigen Auslegung des Wortes "Aufenthaltserlaubnis" in § 9 Abs. 1 BeschV. - 1 Online-Ressource. - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2022), Heft 7-8, Seite 253-254

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

02/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

